

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

05.09.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>„Wir sind das Volk und nicht das Pack!“</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.09.2022</i> .....	3
2   <b>Damit die Atommüll-Endlagersuche fair verläuft</b> <i>Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt, 01.09.2022</i> .....	5
3   <b>FDP-Bundestagsfraktion fordert „Rückbau“ von Nord Stream 2</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 02.09.2022</i> .....	7
4   <b>Kernkraftwerk Saporischschja vom Netz getrennt</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 05.09.2022</i> .....	8
5   <b>Bleibt Atommüll noch bis zum Jahr 2080 in Geesthacht?</b> <i>abendblatt.de (Hamburger Abendblatt), 02.09.2022</i> .....	9

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.09.2022 | S. 7

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Michael Meyer

## NORD STREAM 2 IM FOKUS

# „Wir sind das Volk und nicht das Pack!“

## Mehr als 1800 Teilnehmer protestieren bei der Kundgebung in Lubmin lautstark für Öffnung von Nord Stream 2 und gegen Sanktionen der Bundesregierung.

Die Fahnen zeigen: „Wir sind das Volk!“, Schwarz-Rot-Gold, Russland-Farben, Greif und Stier mit Blau, Weiß, Gelb, Rot für MeckPomm, Peace in Blau mit Friedentaube, eine in den Farben der LGQ\*BT-Bewegung mit dem Schriftzug „Live Wings“. Bei Fred auf dem Shirt steht „Gazprom“. Er sagt: „Bin Schalke-Fan. Und Hansa!“ Auf anderen Shirts steht „Widerstand lässt sich nicht verbieten“, „Die Grenzen hoch und Schotten dicht“ oder schlicht „Ostdeutschland“. Eine Fahne feiert die deutsch-russische Freundschaft. Kerstin (58) meint: „Das sind schon immer unsere Freunde gewesen. Und das bleiben unsere Freunde.“

Die Plakate fordern vieles und das sehr deutlich: „Rot-Gelb-Grün an die Ostfront!“, hält Norbert Thürk (61) von den Rügen-Revoluzzern hoch. „Die sollen mal selber merken da, wie das ist“, sagt er. „Wir sind hier, um unseren Unmut zu äußern über die Sanktionen der Regierung und ihre Lügen.“ Aber das mit der Turbine behaupten doch die Russen. „Ach“, winkt Thürk ab, „da sieht doch kein Mensch mehr durch, was da erzählt wird.“

Da sieht kein Mensch mehr durch. Wohl wahr. Doch was ist wahr? Zumindest, dass das hier im Seebad Lubmin keine reine rechtsgerichtete Kundgebung ist. Eher Volksfest aus der Mitte der Bevölkerung mit politischem Hintergrund zwischen Familien, Altlinken, frustrierten Menschen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben und auch eindeutig Rechten. Jung und Alt, Jugendliche mit Rastafisur, Kinder und muskulöse Männer mit schwarzen Shirts, auf denen neben „Security“ auch „AfD“ zu lesen ist.

Angemeldet hat die Kundgebung „Nord Stream 2 in Betrieb nehmen!“ Martin Klein (64), der in Greifswald die Umzüge der Montagsdemos organisiert. Im Orga-Team seien, so sagt er, auch Mitglieder der AfD und die Basis. Das sei aber Zufall, so Klein. Er ruft: „Wir sind hier versammelt, weil wir ein gemeinsames Ziel ha-

ben: Nord Stream 2 muss in Betrieb genommen werden. Wir verstehen uns als parteiübergreifende Bürgerbewegung.“

Gejohle und lautstarke Zustimmung zwischen den rund 1800 Teilnehmern, die auf dem Platz am Alten Bahnhof im verschlafenen Seebad gegen die Sanktionspolitik demonstrieren. Laut Polizei sei die Kundgebung „störungsfrei“ verlaufen. Das ist im Polizeideutsch das Prädikat: Absolut friedlich.

Hier fehlt noch 'ne Bratwurstbude und ein Kinderkarussell, dann würde das als Schützenfest durchgehen - da sind die Parolen ja traditionell auch eher rustikal. Die Merkel-raus-Rufe sind verstummt. Heute heißt es: „Frau Baerbock, Sie sind eine Schande für dieses Land.“ Der Greifswalder Musiker Thomas Putensen, der sich zwar der Querdenker-Szene zurechnet, aber außerhalb jedes rechten Verdachts steht, singt in Songwritermanier Lieder zwischen Hannes Wader und Reinhard Mey: „Ich brauch' ganz schnell für mich 'ne artgerechte Wohnung, ein Haus mit Mauerwerk und abgeplatzttem Putz ...“

Vor der Bühne stehen Christian (45), Handwerker aus Greifswald, und Teresa (45), Tanzlehrerin von Kuba, mit ihrem Sohnmann Ernesto (5), auf dessen Sweatshirt zu lesen ist: „Meinen Eltern ist meine Zukunft wichtig“. Christian meint: „Wir beide stehen wohl kaum im Verdacht, Nazis zu sein. Ich bin dagegen, dass das ganze Geld, das wir erwirtschaften, im Ausland verteilt wird.“ Jeanette Bahr (56) aus Greifswald hat ihren Job an der Uni-Medizin verloren. Kündigung wegen Teilnahme an Demos, sagt sie und ergänzt: „Wir lassen uns nicht unsere Meinung verbieten und in die rechte Ecke stellen. Dann wird es aber ganz, ganz schön eng.“

Der Entertainer bei den Montags-Demos in Greifswald ist Heiko Langner (60), in der Szene bekannt

als Handtuch-Heiko. Der Sozialarbeiter war lange Mitglied der Linken. Ist ausgetreten. Jetzt ruft er: „Grüne Politik zerstört Existenzen. Wir haben alle das Ziel, hier in Freiheit zu leben. Und wir haben alle das Recht, hier zu leben. Und wir alle spüren den Druck, der von der Politik ausgeübt wird. In deren Augen sind wir nicht mehr das Volk, sondern das Pack. Wir haben die

Schnauze voll.“

Bei diesen Worten geht vor der Bühne die Post ab - Gejohle, Gestampfe, Getrappel, Applaus, Fahnen werden geschwenkt. Und Plakate. Und es bleibt „störungsfrei“. Also friedlich. Für den 24. September hat Klein die nächste Kundgebung in Lubmin angekündigt.

📰 Märkische Allgemeine - Ruppiner Tageblatt | 01.09.2022 | S. 13

📄 Auflage: 4.256 | Reichweite: 16.310

👤 Celina Aniol

## RADIOAKTIVER ABFALL

# Damit die Atommüll-Endlagersuche fair verläuft

## Aktivisten rufen für den 16. September zur Tour nach Rheinsberg auf

Einen sicheren Standort für ein Atommüll-Endlager gibt es in Deutschland nicht. Davon ist Jane Zahn überzeugt. Denn die Landmassen bewegen sich immer noch in allen Teilen des Landes. Eine Stelle, die davon gewiss verschont bliebe und so die knapp 2000 Behälter mit 27 000 Kubikmetern hochradioaktiver Abfälle sicher bewahren könnte, gebe es nicht, sagt die Geografin und Betreiberin der Rheinsberger Musikbrennerei - zumal die künftige letzte Ruhestätte auf eine Million Jahre ausgelegt sein soll.

Moralisch verbietet es sich für Jane Zahn aber, das Extremüll-Problem einfach ins Ausland zu exportieren. „Wir haben es uns eingebrockt, und wir müssen es lösen.“ Und so bleibt aus ihrer Sicht trotz allem nur eine Möglichkeit: nach einem möglichst sicheren Standort vor Ort zu suchen.

Die vom Bund dirigierte Suche verlaufe aber mitnichten so, wie es geboten wäre. Dass die Salzstöcke bei Netzeband/Katerbow und Flecken Zechlin dabei unter den aktuell 90 möglichen Standorten sind, hält Jane Zahn für grundverkehrt.

Mit diesem Vorwurf steht sie nicht alleine da. Auch andere Mitglieder der Anti-Atomkraft-Organisation „Ausgestrahlt“, der Jane Zahn seit Jahrzehnten angehört, teilen diese Kritik - und wollen nun unter dem Motto „Strahlendes Erbe in Märkischer Landschaft - Zukunft und Vergangenheit einer Hochrisiko-Technologie“ die Menschen auf die Probleme bei der Standortsuche aufmerksam machen und nach neuen Mitstreitern suchen.

Die Atomkraftgegner aus Ostprignitz-Ruppin und Berlin laden für den 16. September zu einer Radtour von Fürstenberg nach Rheinsberg ein. Am Ziel wird um 12 Uhr eine Führung durch das Kernkraftwerk angeboten. Danach wollen die Aktivisten mit ihren Gästen gegen 16.30 Uhr den Ost-Castor im Eisenbahnmuseum besichtigen und einen Vortrag dazu hören.

Ab 18 Uhr wird Birgit Futterer vom brandenburgischen Landesamt für Geologie in der Musikbrennerei über das Standortauswahlverfahren berichten. Danach spricht der ehemalige Pfarrer und Umweltaktivist Reinhard Dalchow über den Kampf gegen die Kernkraft in der DDR, und Jane Zahn bringt die Probleme musikalisch und kabarettistisch auf den Punkt.

Am Tag darauf spricht der Rheinsberger Politiker Freke Over ab 9.45 Uhr im „Fachgeschäft für Demokratie“ über die Anti-Atom-Bewegung. Danach bricht die Gruppe mit dem Fahrrad zum Dorfanger in Katerbow auf, um dort gegen 16 Uhr direkt über dem Herz des in Frage kommenden Salzstocks über die Endlagerungspläne zu sprechen.

Dieser ist aus Jane Zahns Sicht dafür ungeeignet. „Salzstöcke können durchlässig werden, nach oben und nach unten.“ Was das bedeutet, könne man jetzt schon im Versuchslager Asse sehen, das sich in einem katastrophalen Zustand befindet.

Dass der Bund Salzstöcke dennoch als mögliche Lagerstandorte vorschlägt, hält Zahn für ein Unding. Geschuldet sei das dem Umstand, dass von den Verantwortlichen nur Stellen auf der Deutschland-Karte ausgesucht wurden, die bereits genügend erforscht sind. „Das engt die Auswahl von vornherein ein“ und führe dazu, dass die gut untersuchten Ex-DDR-Regionen stark vertreten sind, während viele Granit-Standorte beispielsweise in Bayern kaum auftauchen. Das sei politisch nicht in Ordnung - ein Umdenken sei aber derzeit an diesem Punkt nicht in Sicht.

„Uns geht es nicht darum, das Endlager zu verhindern, aufzuheizen oder zu manipulieren“, sagt Jane Zahn. Ziel der aktuellen und der künftigen Aktionen sei die Aufklärung - und dass die Suche am Ende möglichst fair verläuft. Die Rheinsbergerin glaubt aber nicht, dass das passieren wird, wenn nicht viele Menschen die Politiker unmissverständlich dazu auffor-

dern.

Wer bei den Radtouren mitmachen will, sollte sich an-

melden per E-Mail an [rainernies@aol.com](mailto:rainernies@aol.com). Zu allen anderen Teilen der Aktion kann man einfach dazustoßen.

## FDP-Bundestagsfraktion fordert „Rückbau“ von Nord Stream 2

**Die Gaspipeline Nord Stream 2 wurde zwar fertiggestellt, aber nie in Betrieb genommen. Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich nun für den „Rückbau“ der Röhre durch die Ostsee. Das Projekt habe die Ukraine isoliert – und nicht zuletzt auch Deutschland die Diplomatie erschwert.**

**Bremen.** Die FDP-Bundestagsfraktion will das Kapitel der Ostseepipeline Nord Stream 2 endgültig schließen. „Als Freie Demokraten fordern wir den Rückbau von Nordstream 2 sowie die schnellstmögliche Erarbeitung eines Konzepts zur rechtlichen, technischen und umweltfachlichen Absicherung“, heißt es in einem auf der Herbstklausur in Bremen beschlossenen Positionspapier, das der Deutschen Presse-Agentur am Freitag vorlag. Die FDP-Fraktion wolle so schnell wie irgend möglich alle Rohstoff- und Energiekäufe aus Russland und Belarus beenden, soweit dies die eigene wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zulasse.

„Die Nordstream-Pipelines waren von Beginn an ein geopolitisches Projekt des Kremls, dessen Ziel die Isolation der Ukraine war. Deshalb hat insbesondere der Bau der Pipeline Nordstream 2 zu erheblichen Ver-

stimmungen geführt und Deutschland diplomatisch isoliert“, heißt es in dem Beschluss, in dem der Ukraine auch weitere Unterstützung zugesichert wird.

Russlands Aggression müsse weiterhin konsequent mit Wirtschaftssanktionen beantwortet werden. Sanktionen wirkten, die ersten Auswirkungen seien bereits sichtbar. „Wir fordern Ausweitungen der Sanktionen gegen Mitglieder der russischen Führung und sprechen uns für die Ausweisung von Familienmitgliedern von Personen auf der Sanktionsliste und Visaentzug aus“, so die FDP-Fraktion. „Wenn einzelne Länder, darunter auch EU-Beitrittskandidaten, Sanktionen unterlaufen oder gar Waffen an Russland liefern, kann das nicht folgen- und widerspruchlos bleiben. Falls EU-Beitrittskandidaten die Sanktionen unterlaufen, müssen die Vorbeitritts Hilfen gestrichen werden.“

## Kernkraftwerk Saporischschja vom Netz getrennt

**Trotz der Anwesenheit von internationalen Beobachtern kommt es zu Beschuss. Alle wichtigen Stromleitungen sind gekappt**

**Belgrad** – Auch nach dem Besuch der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bleibt die Lage um das ukrainische Atomkraftwerk Saporischschja angespannt. Seit Samstagabend ist offenbar wegen Beschuss auch der Kontakt zur letzten von zuvor vier Stromleitungen unterbrochen, über die das größte Atomkraftwerk (AKW) Europas sowohl Strom in das ukrainische Stromnetz einspeist wie seinerseits Strom für Kühlwasserkreisläufe und Kühlbecken für abgebrannte Reaktorbrennstäbe bezieht.

Der IAEA und dem ukrainischen Betreiber Energoatom zufolge sind die Ingenieure des AKW auf eine kleinere Reservestromleitung ausgewichen. Zudem ist in Reaktor 5 nur noch einer von insgesamt sechs Atomreaktoren in Betrieb. IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi will den UN-Sicherheitsrat am Dienstag unterrichten. Zwei IAEA-Inspektoren sind Grossi zufolge nun dauerhaft im AKW Saporischschja stationiert.

Grossi nennt ihre permanente Anwesenheit „von übertragender Wichtigkeit, um zu helfen, die Situation zu stabilisieren“. Es gebe nun unabhängige Informationen. „Wenn es jetzt eine Behauptung gibt, dass etwas auf der Anlage passiert ist, kann man sich an uns wenden – das ist der Unterschied“, sagte Grossi. Russland und die Ukraine beschuldigen sich gegenseitig, für Beschuss auf das AKW und andere Vorgänge, die die Sicherheit des Kraftwerks gefährden, verantwortlich zu sein.

Grossi zufolge sind durch anhaltenden Beschuss seit

August auf dem Kraftwerksgelände bisher ein Reservoir für in Beton eingegossenen radioaktiven Abfall sowie ein Ventilationsrohr eines Gebäudes und das Trainingszentrum beschädigt worden. Zumindest offiziell enthält sich die Atomenergiebehörde IAEA indes bisher jedes Kommentars darüber, wer für den Beschuss von Stromleitungen außerhalb oder von Kraftwerkseinrichtungen auf dem Gelände verantwortlich ist.

Russische Soldaten, Artillerie und Raketenwerfer waren zumindest vor der IAEA-Visite nach übereinstimmenden Berichten auf dem Kraftwerksgelände stationiert gewesen, wie auch östlich im fünf Kilometer entfernten Enerhodar und westlich in mehreren Dörfern, etwa in Wodjane. Dem ukrainischen Generalstab zufolge habe Russland die gesamte Militärtechnik vor dem IAEA-Besuch vom Kraftwerksgelände entfernt. Ukrainische Einheiten und Luftabwehrgeschütze etwa des 301. Boden-Luft-Raketen-Regiments sind auf der anderen Seite des hier mindestens sieben Kilometer breiten Flusses Dnjepr stationiert, an dem das Atomkraftwerk liegt.

Der unabhängige russische Infodienst Insider veröffentlichte am Sonntag ein Video, das offenbar den Abschuss russischer Raketen vom Kraftwerksgelände oder aus einer westlich angrenzenden Stellung auf die ukrainische Seite in der Nacht vom 2. auf den 3. September zeigt. Der ukrainische Generalstab wiederum berichtete am 2. September, das ukrainische Militär habe russische Artillerie und Munitionsdepots in Enerhodar mit „Präzisionsschlägen“ zerstört.

**KERNKRAFTWERK KRÜMMEL****Bleibt Atommüll noch bis zum Jahr 2080 in Geesthacht?**

*Geesthachter Atommüll-Zwischenlager muss vermutlich sehr viel länger als gedacht genutzt werden. Das sind die Gründe.*

Wohin mit dem atomaren Müll aus unseren Kernkraftwerken? Diese Frage ist in Deutschland immer noch nicht geklärt. Frühestens 2050 soll ein nationales Endlager in Betrieb gehen. Bis ein geeigneter Standort gefunden ist, kann es aber auch noch weitaus länger dauern. Solange verbleiben die alten Brennstäbe oder Abfälle aus der Wiederaufbereitung in sogenannten Zwischenlagern, wie es auch am stillgelegten Kernkraftwerk Krümmel eines gibt.

Für diese Zwischenlager ist das anvisierte Datum 2050 ein Problem. Schließlich gilt die Genehmigung für den Betrieb an jedem Standort nur für 40 Jahre. Im Falle Krümmels läuft sie 2046 aus. Bei der vom Bund betriebenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) läuft deshalb ein Forschungsprogramm, das sich um die notwendige verlängerte Zwischenlagerung kümmert. Bei einem Informationsabend der BGZ im Geesthachter Rathaus kam heraus, dass es gut möglich ist, dass die 42 eingelagerten Castor-Behälter auch noch bis 2080 oder darüber hinaus vor Ort bleiben könnten.

**Atommüll in Krümmel wird weitere Generation von Geesthachtern beschäftigen**

Krümmels Erbe wird also mindestens eine weitere Generation von Geesthachter Bürgern beschäftigen. „Ich möchte betonen, dass es ein Zwischenlager ist und kein Endlager werden darf“, sagte Geesthachts Bürgermeister Olaf Schulze bei der Begrüßung. Dies veranlasste Bettina Boll, eine anwesende Geesthachter Atomkraft-Gegnerin der ersten Stunde zu einem Zwischenruf, es sei ein „Zwischen-Endlager“, rief sie.n.„Selbst wenn das Endlager 2050 in Betrieb geht, dauert es Jahre, bis alle 1500 Castoren eingelagert sind“, sagte Jörn Becker, Leiter der Abteilung Zentrale Fachfragen bei der BGZ. Seine Abteilung rechnet mit einem Zeitraum bis 2080 und versucht gerade die Parameter zu ermitteln, die für eine verlängerte Zwischenlagerung erforderlich sind. Dabei geht es um die Sicherheit der Gebäude, der Behälter und des Inhalts.

**Das Brennelemente Zwischenlager ist zu zwei****Dritteln befüllt**

Das Brennelemente Zwischenlager Krümmel (BZK) liegt direkt neben dem einst größten Siedereaktor der Welt. In ihm sind 42 Castoren des Typs V/52 mit den abgebrannten Brennelementen eingelagert. Das sind zwei Drittel der Kapazität. Jeder Behälter ist in einem Stück gegossen, wiegt mehr als 100 Tonnen und gibt eine Wärmeleistung von 20 Kilowatt ab. Die einzige Öffnung ist mit einem Doppeldeckel-Dichtungssystem gesichert. Auch die Dichtungen sind aus Metall.

Ist der obere Deckel defekt, wird er ausgetauscht. Wird ein Fehler am unteren festgestellt, kommt ein dritter Deckel obendrauf. Vor Ort ist indes keiner vorhanden. „Brunsbüttel und Krümmel hatten zusammen einen Ersatzdeckel, jetzt werden aber alle Deckel in Gorleben gelagert und gewartet“, sagte Henning Knigge, der Leiter der BGZ in Krümmel. „Ein Umladen des Inhalts ist nicht möglich. Dafür braucht man eine große heiße Zelle“, so Jörn Becker. Die Beladung war im Krümmeler Reaktor erfolgt. „Die Möglichkeit fällt jetzt weg“, weiß Becker.

Seine Abteilung forscht mit mehreren Partnern auch daran, ein Bild mit möglichst hoher Auflösung vom Inneren der Behälter zu bekommen. Für das Gebäude gebe es derweil keinen Forschungsbedarf – sprich alles sei sicher.

**Kraftwerk-Betreiber Vattenfall wartet auf Rückbaugenehmigung**

„Es geht darum, die Öffentlichkeit frühzeitig und transparent über unsere Arbeit zu informieren und in den Austausch mit den Bürgern zu kommen“, sagte BGZ-Sprecher Jonas Wingert. Der Vortrag im Rathaus interessierte derweil nur ein gutes Dutzend Personen, darunter auch einige Vertreter des BUND. BGZ-Leiter Henning Knigge umriss die nächsten Schritte, die vor Ort nötig sind: die Unabhängigkeit vom Kernkraftwerk, für das Betreiber Vattenfall jederzeit mit einer Genehmigung für den längst beantragten Rückbau rechnet.

Sicherungstechnisch ist das Zwischenlager autark, es hat eine eigene Umzäunung. Bis zum Jahr 2031 soll zudem ein eigenes Trink- und Löschwassersystem aktiv sein. Der aktuell nächste Schritt ist die Übernahme des Abfall-Zwischenlagers (AZK) für Rückbauabfälle aus Krümmel, die keine Wärme abstrahlen. Dafür baut Vattenfall gerade eine eigene Halle, die hinter dem Zwischenlager für Brennelemente liegt. Vattenfall verwendet die Bezeichnung LasmAaZ (Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Zwischenlager). „Die Inbetriebnahme planen wir 2022/23. Noch steht die Erteilung einer Genehmigung aus“, sagt Henning Knigge.

### **Vattenfall-Rohbau ist fertig**

Hier ist der Rohbau abgeschlossen. Derzeit werden

vom Feinausbau gearbeitet. So seien etwa in der vergangenen Woche die Brücken für den Kran in der Halle montiert worden. Für die Endlagerung der Abfälle aus dem Abfall-Zwischenlager ist der Schacht Konrad in Salzgitter vorgesehen, der voraussichtlich 2027 in Betrieb geht.

Die Gesellschaft für Zwischenlagerung hat 2019 mit fünf Arbeitern am Standort begonnen. Inzwischen arbeiten dort 19 Beschäftigte. 2023 sollen es bereits 26 Personen sein. Sie kümmert sich in dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik um die radioaktiven Abfälle. Für die neuen Bundesländer ist aus historischen Gründen eine eigene Gesellschaft zuständig.

### **Das Kernkraftwerk Krümmel war von 1983 bis 2011 in Betrieb.**